

Tagungsdokumentation

## **Bensberger Gespräche**

### **Gewinner der Globalisierung - Verlierer der Globalisierung.**

#### **Wo steht Europa?**

**22.-24. Januar 2007 in Bensberg**

*Dokumentation: Dr. Kai Dreisbach*

#### **Input I "Staatszerfall (failing states) – Ein Phänomen und seine Auswirkungen am Beispiel ausgewählter afrikanischer Staaten"**

*John Emeka Akude, Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen, Universität zu Köln*

Eine Diskussion des Phänomens Staatszerfall sei nicht möglich ohne eine konsequente Ursachenforschung, erklärte John Emeka Akude zu Beginn seines Vortrags. Dies bedeute eine oftmals unbequeme Diskussion, doch ohne eine konsequente Analyse der Ursachen könne es auch keine Lösung für dieses Problem geben. Staatszerfall bedeute eine Situation, in der der Staat sein Gewaltmonopol verloren hat und Strukturen, Herrschaft, Gesetze und politische Ordnung in sich zusammengebrochen sind, mit der Konsequenz, dass der politische Raum umkämpft wird.

#### **Ursachen von Staatszerfall**

An dieser Stelle stelle sich nunmehr die Frage nach den Ursachen für Staatszerfall, fuhr Akude fort. Allgemein anerkannt sei die These, dass schlechtes Regieren (Bad Governance) hauptverantwortlich für Staatszerfall sei. Diese These, so Akude, unterstütze er nur bedingt. Denn zunächst sei zu konstatieren, dass die politische Atmosphäre in der Zeit des Post-Kolonialismus dem Prinzip des Good Governance feindlich gegenübergestanden habe. Nach der Unabhängigkeit habe eine Klasse die politische Macht übernommen, die mit den ehemaligen Kolonialherren paktiert hatte. Damit, so Akude, habe es eine neue Clique von Machthabern gegeben, die nicht die Interessen Afrikas und der dort lebenden Menschen vertreten habe. Vielmehr hätten diese neuen Machthaber ihre politische Macht dazu eingesetzt, die Kontrolle über die wirtschaftlichen Ressourcen der afrikanischen Staaten zu erhalten. Anders ausgedrückt, so Akude, Staatsmacht wurde instrumentalisiert zur Sicherung von Wirtschaftsmacht. Die Folge sei eine Politik der Selbstbereicherung und der Korruption gewesen.

Entwicklungsstrategien für den afrikanischen Kontinent seien, wenn überhaupt, von außen gekommen. Für die neuen afrikanischen Machthaber dagegen hätte es keinerlei Anreize gegeben, die Entwicklung ihrer Länder voranzutreiben. Denn ihre Politik der Selbstbereicherung ignorierte die Bedürfnisse der Bevölkerung und marginalisierte Ansätze des Good Governance. Und auch in den Hauptstädten der westlichen Staaten und des Sowjetblocks habe kein Interesse an internen Veränderungen der afrikanischen Staaten bestanden, ließ sich mit den dort herrschenden Eliten doch wunderbar paktieren. Die Folgen dieser fehlgeleiteten Politik, führte Akude aus, hätten in Unterentwicklung, Armut, Arbeitslosigkeit und einem geschwächten Staat bestanden, wodurch das Auftauchen so genannter Warlords gefördert wurden, die diesen Staat dann attackierten.

Im Zuge der Globalisierung habe sich diese Situation noch einmal verschlimmert. So hätten die Warlords ihre Machtbasis durch Handel mit Rohstoffen und den Ankauf von Waffen ausgebaut, wohingegen der Staat durch eine Reduzierung von Entwicklungshilfe weiter geschwächt wurde. Zusammenfassend, so Akude, müsse Staatszerfall also als Folge von Staatsschwäche betrachtet werden. Im Falle Afrikas sei diese durch Veränderungen im internationalen System im Allgemeinen und die spezifischen Bedingungen der afrikanischen

Staatsgründungen im Besonderen zu erklären.

## **Gutes Regieren**

Das Prinzip des Good Governance, fuhr John Akude fort, würde grundsätzlich von Regierungen nicht freiwillig umgesetzt. Vielmehr müssten Machthaber dazu gezwungen werden, die Imperative guten Regierens einzuhalten. Bei einem Vergleich dieser Imperative mit der Situation in Afrika ergebe sich, so Akude, folgendes Bild:

- Good Governance erfordere die Staatsaufrechterhaltung durch Steuern, d.h. eine Engagement des Staates, um die Wirtschaft am Leben zu halten. In Afrika hingegen bestünden die Haupteinnahmequellen in Entwicklungshilfe und dem Verkauf von Rohstoffen. Machthaber profitierten hiervon direkt, für sie bestehe demnach überhaupt nicht die Notwendigkeit, über ein funktionierendes Steuersystem nachzudenken.
- Good Governance sei nur möglich, wenn die Selbsterhaltung des Staates durch interne Stabilität gewährleistet sei. Für die herrschenden Eliten in Afrika hingegen sei interne Stabilität irrelevant, da ihre Machtbasis der Staat selber sei. Anders ausgedrückt – afrikanische Machthaber brauchen ihre Gesellschaften nicht.
- Good Governance impliziere die Fähigkeit des Staates, ein Einkommen auf elastischer Basis zu erlangen. Die Einkommensbasis der Staaten in Afrika basiere aber allein auf dem Agrarsektor, der Ausbeutung von Rohstoffen und auf Entwicklungshilfe, sei also inelastisch.
- Good Governance bedeute Teilung von politischer und ökonomischer Macht. Gute Politik sollte die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft eines Landes setzen. In Afrika diene die Staatskasse hingegen allein der Bereicherung der Machthaber.
- Für Good Governance brauche es einen gesunden Nationalismus. Aber anders als etwa in Asien, wo Staaten ihre nationale Entwicklung vorangetrieben hätten, um unabhängiger zu werden, fehle in Afrika das Denken in nationalen Kategorien.

Zusammenfassend sei festzuhalten, so Akude, dass Diktatur, Unterentwicklung und Staatszerfall eng miteinander verwoben seien. Ein Problem sei ohne das andere nicht zu lösen – dies nicht zu erkennen, sei der Fehler gegenwärtiger Lösungsversuche für die afrikanische Krise. So verstünden die UN und westliche Staaten unter Frieden die Abwesenheit von Krieg. Unter dieser Prämisse werde versucht, die einzelnen Konfliktparteien an einen Tisch zu bringen, um einen Waffenstillstand zu erreichen. Dann gründete jede beteiligte Fraktion eine Partei und Warlords würden zu Ministern. Die Beteiligung an der so entstandenen Interimsregierung bedeute für alle Beteiligten die Möglichkeit, politischen Einfluss zu gewinnen und sich zu bereichern – denn dafür, so Akude, hätten sie ja schließlich alle gekämpft. Und somit beginne der Teufelskreis von neuem.

## **Wege aus der Krise?**

Wie also könnte eine Lösung für das afrikanische Dilemma aussehen? Ein wichtiger Ansatz bestehe darin, oppositionelle Kräfte - "die gibt es wirklich", so Akude – zu unterstützen und ihnen zu helfen, an die Macht zu kommen. Dies sei natürlich keinesfalls ein einfaches Unterfangen, erklärte der Referent. Denn die afrikanischen Machthaber hätten ein kompliziertes Netzwerk von persönlichen Beziehungen und Verwandtschaftsverhältnissen geschaffen, so dass ein Land kein Interesse an der Veränderung der Machtverhältnisse in einem anderen habe. Europa auf der anderen Seite, fuhr Akude fort, hätte viel zu gewinnen durch ein entwickeltes und reiches Afrika. Dies erfordere allerdings einen langfristigen Politikansatz. Doch leider verfolgten die europäischen Politiker und Wirtschaftsführer primär kurzfristige Ziele. Und China, so eine Nachfrage aus dem Plenum? Pekings Rolle in China sei ambivalent, erklärte Akude. Einerseits zeigten die Chinesen den Afrikanern, dass man sich selbst helfen könne, und nicht – wie es in Afrika Tradition sei – lediglich die Hand aufhalten müsse. Andererseits paktiere China mit den afrikanischen Machthabern. Good Governance, so der Referent, sei für Peking jedenfalls kein Thema.